

Interfr.

Gemeinsamer Antrag
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
FDP-Einzelvertreter

Zinke
CDU

Herrn Bezirksbürgermeister
Harry Grunenberg
über
Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksratsangelegenheiten

Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten		
23. AUG. 2017		
03		

Drucksache Nr. 15-2116/2017

Hannover, 21.08.2017

**Dringlichkeitsantrag gem. §§ 10 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der
Landeshauptstadt Hannover**

Sofortige Hilfsmaßnahmen für die GS Hägewiesen

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen an der GS Hägewiesen zur Entlastung der Lehrkräfte und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler kurzfristig und unmittelbar umzusetzen:

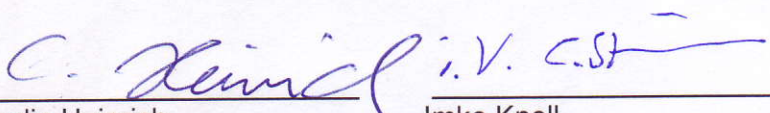
1. Die Stunden für SchulsozialarbeiterInnen sollen erhöht werden. Dafür ist zu prüfen, ob durch Umschichtung von Mitteln eine Erhöhung kurzfristig möglich ist.
2. Es wird eine Stelle für ein Freiwilliges Soziales Jahr an der Schule eingerichtet und zu sofort ausgeschrieben.
3. Die Verwaltung bemisst den tatsächlichen Bedarf an Stunden für die Schulverwaltungskräfte neu und setzt dafür die erforderlichen Stunden ein.
4. Die Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit dem Land ein Konzept, wie ein multiprofessionelles Team, unter anderem bestehend aus Lehrkräften, PädagogInnen und TherapeutInnen für das Schuljahr 2017/18 und fortlaufend zusammengestellt sein kann und macht Vorschläge zur Umsetzung und Finanzierung.
5. In Abstimmung mit der Schule wird geprüft, ob ergänzende Maßnahmen zur Gewaltprävention möglich sind, was entsprechend umgesetzt wird.

Begründung:

Die Grundschule Hägewiesen steht zum neuen Schuljahr 2017/18 vor besonders großen Herausforderungen im Zuge der neu hinzugezogenen Flüchtlingsfamilien im Sahlkamp ohne oder nur mit geringen Sprachkenntnissen und Bildungsmöglichkeiten. Die Schule liegt in einem Einzugsgebiet, das einen entsprechend hohen Anteil von Menschen unterschiedlicher Herkunft hat. Ihre SchülerInnenenschaft stammt aus vielen verschiedenen Nationen innerhalb und außerhalb der EU. Laut Aussagen der Eltern und Lehrkräfte verfügen über 90 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Zudem weist der Stadtteil einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Familien mit Transferleistungsbezügen auf. Den betroffenen Personen gilt es besonders zu helfen.

Aufgrund der individuellen Situationen der Schülerinnen und Schüler und den sich daraus ergebenden Herausforderungen ist eine dringende Unterstützung, die unmittelbar und schnell hilft und wirksam wird, unerlässlich für den laufenden Schulbetrieb sowie weiteren Werdegang der Kinder. Ohne richtige Sprachkenntnisse und zusätzliche Hilfe zur Alltagsbewältigung an der Schule, beim Spracherwerb und der Alphabetisierung, können grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht ausreichend vom vorhandenen Personal vermittelt und von den Kindern erlernt werden mit der Folge, dass die Kinder keinen vernünftigen und chancenreichen Bildungsweg bestreiten können. Dies gilt es zu vermeiden und dem rechtzeitig entgegen zu wirken. Es ist daher dringend notwendig, dass bereits frühzeitig und vorausschauend Maßnahmen ergriffen werden, um den Bildungsauftrag gemäß NSchG §2 sichern zu können.

Darüber hinaus spielt der Einsatz an Schulverwaltungskräften an dieser Stelle eine wichtige Schlüsselrolle. Dass die Stunden für die Schulverwaltungskraft gekürzt wurden, erschwert das Arbeiten erheblich. Dies muss sich zugunsten der Schülerinnen und Schüler verändern. Ohne zusätzliche Unterstützung kann es der Schule nicht gelingen, den Kindern mit erschwerten Startbedingungen einen erfolgreichen Weg in unserem Bildungssystem anzubieten.



Claudia Heinrich
- SPD-Fraktionsvorsitzende-



Imke Knoll
- Grüne Fraktionsvorsitzende-



Wolfgang Butz
-FDP-Einzelvertreter-

H. Vilmarz

